

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Auflagen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Kreisfeld,
in Meseritz bei H. Matthes,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Nr. 329.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Reichs jeden Freitag ab.

Montag, 12. Mai.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. L. Daube & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Pöhl.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Zusätze 20 Pf. die sechzehnspaltige Zeitung über deren Raum, Städten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Am Mittwoch.
Berlin, 10. Mai. Der König hat der Wahl des Oberlehrers und Prorektors Dr. Altenburg am Gymnasium zu Ohlau zum Direktor dieser Anstalt die Bestätigung erteilt; sowie dem Direktor der Rheinisch-Pommerschen Ackerbau-Aktien-Gesellschaft, Mackensen zu Gramenz, Kreis Neustettin, und dem Rittergutsbesitzer Kreich zu Liebenow, Kreis Ainswalde, den Charakter als Deponie-Rath verliehen.
Der König hat den Pfarrer Duand an der St. Elisabeth-Kirche zum Superintendenten der Diözese Berlin II ernannt.
Der praktische Arzt Dr. med. Heile zu Groeningen ist, unter Bezug in seinem gegenwärtigen Wohnsitz, zum Kreis-Bundarzt des Kreises Oschersleben ernannt worden. Dem Organisten und Lehrer Pasch zu Berlin ist das Prädiat Musik-Direktor beigelegt.

Dem Landgerichts-Direktor, Geheimen Justiz-Rath Wittke in Weiditz in die nachgeführte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Gestellt sind: der Amtsrichter Lewinski in Schneidemühl als Richter an das Landgericht in Ostrowo und der Amtsrichter Karneck in Posen als Landrichter an das Landgericht derselbst. Zu Amtshaltern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Tropowitz bei dem Amtsgericht in Elrich, der Gerichts-Assessor Herbergs bei dem Amtsgericht in Gummersbach, der Gerichts-Assessor Dr. Hüffer bei dem Amtsgericht in Schwerte, der Gerichts-Assessor Helmig bei dem Amtsgericht in Bottrop, der Gerichts-Assessor Großer bei dem Amtsgericht in Schwerin a. W. und der Gerichts-Assessor Goldstein bei dem Amtsgericht zu Neumarkt. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt Dr. Dettke bei dem Landgericht in Kassel, der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Bindewald in Eiselen bei dem Landgericht in Halle a. S. und der Rechtsanwalt Sündorf bei dem Landgericht in Köln. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Edmunds bei dem Landgericht in Köln, der Gerichts-Assessor Meyer und der Gerichts-Assessor Dr. Oberbeck bei dem Landgericht I in Berlin, der Gerichts-Assessor Pieper bei dem Landgericht in Essen, der Gerichts-Assessor Barckels bei dem Amtsgericht in Reutlingen, der Rechtsanwalt Manneberg aus Gleiwitz bei dem Amtsgericht in Pleß, der Gerichts-Assessor Albrecht bei dem Amtsgericht in Ueckermünde und der Gerichts-Assessor Brüter bei dem Amtsgericht in Kempen a. Rgn. Dem Notar, Justiz-Rath Bindewald in Eiselen ist die nachgeführte Dienstentlassung vom 1. Juli d. J. ab erteilt. Der Amtsgerichts-Rath Wünsch in Wegsler ist gestorben.

Der bisherige Amtsrichter v. Bamberg in Burg ist zum Konsistorial-Assessor ernannt und dem Konsistorium der Rheinprovinz überwiesen worden.

bin überzeugt, wir würden Ihnen nachweisen, wie unsere Theorie allein die Lösung der sozialen Frage herbeiführen, wie sie allein vor der blutigen Revolution schützen könnte. Man wirft uns den Atheismus vor, der Atheismus ist nicht das Werk politischer Parteien, er ist von der Wissenschaft den weitesten Kreisen gepredigt worden, sein Bestehen darf man uns nicht zum Vorwurf machen. Der Darwinismus (Rufe: „Zur Sache!“) Wenn das nicht zur Sache gehören sollte, bitte ich um Entschuldigung; ich werde dann gelegentlich einen Vortrag hierüber in Berlin halten. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie nun nur noch um Annahme unseres Antrages.

Abg. Dr. Windthorst: Mit Bezug auf das Recht auf Arbeit will ich den Vorredner doch darauf aufmerksam machen, daß der Reichskanzler nur von dem Rechte auf Arbeit innerhalb des Gebietes des preußischen Landrechts gesprochen hat, nicht aber für das ganze deutsche Reich. Wenn der Antrag Hasenclever angenommen würde, so würde das die Ablehnung des Sozialistengesetzes bedeuten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nur auf diese Konsequenz aufmerksam gemacht haben. (Heiterkeit.)

Der Präsident eröffnet die Diskussion über die Anträge Windthorst zu § 9 und 10.

In § 9 soll Absatz 1 bestehen bleiben, dagegen Absatz 2 gestrichen werden, wonach Versammlungen zu verbieten sind, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind.

Die Bestimmungen des § 11, wonach bei periodischen Druckschriften das fernere Erscheinen verboten werden kann, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt, soll dahin geändert werden, „sobald das Verbot einer einzelnen Nummer zu einem zweiten Mal erfolgt.“

Abg. Dr. Windthorst: Den Widerspruch der Regierungsvertreter gegen meine Amendements bedaure ich aufs Tiefst, denn er zeigt die ganze Differenz außerordentlich zu. Meine Anträge geben davon aus, daß das Sozialistengesetz keine bleibende Institution werden soll, sie wollen den Übergang von diesem Gesetz zum gemeinen Recht erleichtern. Die Konservativen wollen das Gesetz als dauernde Institution. (Rufe rechts: Nein!) Sie rufen nein und thun ja! (Heiterkeit.) Der Reichskanzler ist wie gewohnt offener gewesen, er hat gestern ausgesprochen, der Zeitpunkt der Aufhebung kann dann eintreten, wenn die soziale Reformgesetzgebung beendet ist, während er früher meinte, es solle nicht vor Beendigung der sozialdemokratischen Bestrebungen aufgehoben werden. Aber der gefragte Auskunft des Reichskanzlers sieht ein Wort des Abg. Winterer gegenüber, der in der Sache gleichfalls urtheilsfähig ist und uns gezeigt hat, daß in Frankreich, wo all das schon besteht, was die soziale Reformgesetzgebung erfordert, die sozialistische Bewegung trotzdem besteht. Dann bedeutet doch aber die gefragte Auskunft des Reichskanzlers, daß das Gesetz eine dauernde Institution werden soll, und dann verstehe ich nicht, wie man immer betonen kann, daß das Gesetz soll ja nur noch auf zwei Jahre sein. Das ist doch jedenfalls eine Läufung. Ich aber kann das Gesetz als dauernde Einrichtung nicht votiren und daraus erklärt sich die Tendenz meiner Anträge, besonders die Regierung tutt so, als ob das Sozialistengesetz keine Ausnahmemerkmal ist und weist deshalb meinen Versuch einer Aenderung als ein Vorgehen zurück, ich aber bitte Sie, meinen Anträgen zuzustimmen und dadurch zu befunden, daß Sie die Rückkehr zum gemeinen Rechte wünschen. Wenn die Mitglieder des Zentrums nicht geschlossen für oder gegen die Regierungsvorlage stimmen, so bedeutet dies keinen Bruch unserer Partei, denen wir allen Mitgliedern volle Freiheit der Abstimmung gegeben. Die Regierung hält meine Anträge für unannehmbar und Abg. Richter meint, sie kommen der Regierung ab des Wege entgegen. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Ich will das Gesetz nicht ohne Weiteres aufheben, aber ich bin der Ansicht, man darf Ideen nicht mit Gewalt, sondern nur in freier Diskussion bekämpfen. In der Beurtheilung der Ribilisten kann ich dem Reichskanzler nicht zustimmen — die Ribilisten sind ebenso gut Sozialisten wie unsere Sozialdemokraten. Wie steht es denn mit Sachsen und so vielen Anderen? Waren das keine Sozialisten? Ich muß also dabei bleiben, daß mein Vergleich zwischen Deutschland und Russland nicht widerlegt ist. Um so mehr müssen wir den Ernst der Gefahr bedenken! Die Übergangszeit, die meine Anträge bezeichnen, soll Muße geben, die Sozialreform weiter zu führen und den Sozialdemokraten Gelegenheit, in gesetzliche Rahmen einzulenden. Ich verlange, daß auch Sozialdemokraten in Versammlungen sprechen dürfen — wenn es dann in ihren Vorträgen gegen das Gesetz verstößen, soll die Versammlung aufgelöst werden, aber früher nicht. Die jüngste Parole aber erregt in den Sozialdemokraten das Gefühl unfehlbar erlittenen Unrechts und erbittert sie nur noch mehr. — Keine anderen Anträge enthalten dann außerst nur redaktionale Aenderungen gemäß § 9. Ich erfuhr Sie nun nochmals um Annahme meiner Anträge. Der Regierung aber gebe ich zu bedenken, ob sie mit ihrer Auslösendestendenz auf dem rechten Wege ist. Ich hoffe jedoch, meine Anträge werden angenommen werden — jedenfalls haben wir den ersten Versuch einer Vermittelung gemacht. Weist die Regierung diesen Versuch zurück, so trifft uns nicht die Schuld. Ich will hoffen, daß es nicht zum Außersten, zu einer großen Wahlkampf kommt, in welcher die Arbeiterkolonnen geschlossen austreten. (Beifall im Zentrum)

Abg. Geiser (Sozialdemokrat, Stuttgart): In der gestrigen Debatte ist vom Herrn Reichskanzler der Gedanke des Rechts auf Arbeit vorgebracht worden; wir werden uns daher erlauben, an den Herrn Reichskanzler den Antrag zu richten, dieses Recht auf Arbeit in einer Vorlage zu formulieren. Abgeordneter v. Köller hat gestern gemeint —

Präsident v. Levetzow: Die Generaldiskussion ist geschlossen, ich muß Sie bitten, sich streng an den Antrag Hasenclever und Geisser zu halten.

Abg. Geiser (fortfahren): Ich muß zur Begründung unseres Antrages ausführen, daß wir, als sozialdemokratische Fraktion, keineswegs alle gestern von Herrn v. Köller verlesenen Stellen des „Sozialdemokrat“ vertreten. Die jetzige Haltung des „Sozialdemokrat“ ist eine Folge des Sozialistengesetzes — heben Sie das Gesetz auf und Sie werden sich nicht länger über die Haltung der sozialdemokratischen Partei beklagen haben. Auch die Anklage, die man aus der Existenz des Bebel'schen Buches gegen die ganze sozialdemokratische Partei geschieht hat, bleibt mir unvollständig. Würden Sie denn, wenn Abgeordneter v. Minnigerode ein wissenschaftliches Buch geschrieben, die konservative Partei für den Inhalt des Buches verantwortlich machen? Man wirft uns ferner vor, wir wollten blutige Revolution. Die Revolution aber wird niemals hervorgerufen von den Trägern der neuen Ideen, sondern von den Anhängern der Alten, die Revolution wird nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite des Hauses gemacht. Es ist eine seine Ironie der Geschichte, daß Sie auf der Rechten, die Vertreter des konservativen Adels, gewungen werden, die Plakatmacher der sozialen Revolution zu sein. Wenig wie Herr v. Kleist-Neviges und Geisser den Krieg als eine schlechte Institution anerkannt, ihn aber nicht vermeiden können, ebenso geht es uns mit der Revolution. Viel erwünschter aber wäre uns eine friedliche, allmäßige Lösung. Der Anarchismus aber ist gerade der Gegensatz der Sozialdemokratie, denn er will den politischen Individualismus, den wir gerade bekämpfen. — Man hat uns gestern vorgeworfen, daß wir im Hause noch keine vorstüdigen Anträge gestellt haben. Das ist ein Vorwurf, der wenig Nobilität beweist, denn gerade die Konservativen haben uns stets die nötige Unterstützung verliehen. Herr Stöcker hat gemeint, die Lösung der sozialen Frage auf dem Gebiete der Judenfrage zu finden. (Der Präsident ruft den Redner zur Sache.) Wenn Sie mich in meiner Redefreiheit beschränken —

Präsident v. Levetzow: Jeder Redner ist beschränkt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Geiser (fortfahren): Wollte man uns nur die Freiheit und Möglichkeit geben, unser Programm überhaupt zu entwickeln, ich

§ 24 gestattet die Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden. Abg. Dr. Windthorst beantragt dafür zu setzen „Gegen die Entziehung findet der Returs nach Maßgabe der §§ 20 und 21 der Gewerbede-Ordnung statt.“

Der Antrag wird angenommen, dagegen der zu § 26, wonach der Bundesrat in Zukunft 9 nur richterliche Mitglieder in die Reichsbeschwerdekommission wählen soll, während er bisher 4 Mitglieder aus seiner Mitte und 5 aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte wählt — abgelehnt.

Auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes ist der kleine Belagerungszustand über Berlin, Leipzig, Hamburg und Altona verbürgt worden; Abg. Dr. Windthorst beantragt diese Ausnahmemerkmal auf die Stadt Berlin und einen Umkreis bis zu 30 Kilometer um dieselbe zu beschränken.

Abg. Dr. Braun beantragt, den Absatz 3 des § 28, wonach Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist, der Aufenthalt in den Bezirken des kleinen Belagerungszustandes versagt werden kann — zu streichen.

Abg. Dr. Windthorst: Herr v. Puttkamer hat diesen § 28 den Kernpunkt des ganzen Gesetzes genannt. Die Härten dieses § 28 sind aber so groß, daß ich diesen Paragraphen zumeist für verantwortlich halte an dem Nachthum der Sozialdemokratie. Da ich ein allmäßiges Aufheben des Gesetzes wünsche, so beantrage ich die Aushebung des kleinen Belagerungszustandes zunächst für Leipzig, Hamburg und Altona, noch nicht aber für Berlin. Berlin ist das Zentrum des ganzen deutschen Reichs; die zahlreiche Bevölkerung, der gewaltige Zustrom nach Berlin steigern die sozialistische Gefahr für Berlin. Hier befindet sich die sozialistische Parteileitung, hier aber auch die Reichsregierung; die wesentlichen Interessen Deutschlands materieller und persönlicher Art vereinigen sich in Berlin. Doch hoffe ich, daß auch für Berlin diese Ausnahmemerkmal bald wieder aufgehoben werden können.

Abg. Dr. Braun: Ich sehe mich bei der Einladung des Hauses veranlaßt, meinen Antrag zurückzuziehen, doch behalte ich mir vor, bei geeigneter Gelegenheit auf die Sache selbst zurückzukommen.

Abg. v. Kleist-Rössow schildert die Gefährlichkeit der großen Massen in den Städten, die durch ein agitatorisches Wort leicht entzündet werden könnten. Wenn auch ein Zusammenhang der Attentate gegen den Kaiser mit der Sozialdemokratie nicht nachzuweisen sei, so sei doch der verderbliche Einfluß der Sozialdemokratie auf das Volk, besonders die großen Massen in den Städten zweifellos. Redner verliest ein Plafat, welches am 22. März in einer großen Provinzialstadt veröffentlicht worden und in dem es ungefähr heißt: „Heute feiern wir den Geburtstag unseres geliebten Königs, des Königs der Untertanen. Welches Glück ihm zu zufallen, der so eifrig für sein Volk sorgt — er bejährt ja jährlich nur 40,000 Mark aus den Taschen der Steuerzahler.“

Abg. Dr. Hanel: Meine politischen Freunde wünschen die Ablehnung des § 28 überhaupt. Wir sehen nicht ein, weshalb man für Berlin eine Ausnahme gelassen soll, und glauben, was den Städten Leipzig, Hamburg und Altona recht ist, muß auch Berlin recht sein.

Abg. Frhr. Langewirth v. Simmern erklärt, für die Anträge Windthorsts, aber gegen das ganze Gesetz auch nach Annahme der Windthorstschen Anträge stimmen zu wollen. Der Redner wird vielfach von Schlußrufern, Rufen „Zur Sache“ unterbrochen.

Der Antrag Windthorsts, den kleinen Belagerungszustand auf Berlin zu beschränken, wird abgelehnt; dagegen wird gemäß dem Antrage Windthorsts der Satz 1 des § 28 geprüft, wonach Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde statthaften dürfen.

Abg. Dr. Hanel erklärt, daß die Liberalen als Gegner des Sozialistengesetzes in der Gesamtstämmung über die Anträge Windthorst gegen diejenigen stimmen werden.

Nachdem der Präsident erklärt, die Abstimmung werde eine namentliche sein, zieht Abg. Dr. Windthorst im Hinblick auf die Erklärung des Abg. Dr. Hanel seine Anträge zurück. (Bewegung.)

Abg. Dr. Kleinberger (Ope) (auf der Journalistentribune fast völlig unverständlich) bedauert, daß die Regierung, wie der Reichstag selbst sich den vermittelnden Anträgen des Abg. Dr. Windthorst gegenüber so ablehnend verhalten hat. Dadurch ist das Haus in eine Zwangslage gekommen — läme es wirklich zu einer Auflösung des Reichstags, so würde dies einen Triumph, einen großen Erfolg der Sozialdemokratie bedeuten. Redner kann sehr wohl die Bedenken derer begreifen, die dem Gesetz ein Nein entgegenstellen wollen, denn er hat selbst lange mit schweren Zweifeln gekämpft. Redner legt dann sehr eingehend die Gründe dar, welche ihn und einen Theil seiner politischen Freunde bestimmen, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Der Redner wird vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen.

Abg. Zorn v. Bulach gibt Namens der Minorität der Elsässer Lottringer die Erklärung ab für die Vorlage zu stimmen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Vorlage der Regierung mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen: Adermann, Graf Adelmann, v. Arnim-Boizenburg, Frhr. v. Aufseß, Graf v. Ballestrem, Graf v. Behr-Behrenhoff, Beiert, v. Benda, v. Bernuth, Dr. Buhl, v. Bodum-Dolffs, Freiherr v. Bodmann, Dr. Böttcher, Bolze, Bostelmann, v. Brand, v. Breit, v. Bülow, Büsing, Dr. Buhl, v. Buss, Febr. v. Bunsen, Prinz zu Carolath und Colmar, Dr. Dierendorfer, Diez (Barby), Diez (Leipzig Land), Graf v. Dönhoff-Friedrichstein, Graf zu Dohna-Findenstein, Ebert, Ebert, v. Engel, Fährmann, Feustel, Flügge, Dr. v. Fodenbeck, Dr. Frege, Freit, v. Freyberg, Freitag, Freiburg, Freiherr v. Gagern, v. Gehren, Geiger, v. Gerlach, Garmig, Frhr. v. Gise, Dr. Gneiß, Febr. v. Göler, Goldschmidt, Dr. v. Götsch, Griener, Dr. Grimm, Dr. Groß, Dr. Frhr. v. Gruben, Günther (Sachsen), Dr. Hammader, Hammer, Frhr. v. Hammerstein, Prinz zu Hohenlohe, Graf v. Holstein, Holzmann, Dr. Horwitz, Frhr. v. Huene, Janson, Jaunes, Jiegel, Graf v. Kageden, v. Kardorff, v. Kessel, v. Kesseler, v. Kleist-Reich, Graf v. Kleist-Schmenzin, v. Klasing, Klump, Kochbaum (Landsberg), v. Köller, Dr. Kolberg, Krämer, Dr. v. Kuhns, Landmeier, Freiherr v. Landberg-Steinfurt, Leutgebner (Eisleben), Leuschner (Sachsen), v. Levezow, Lippe, Frhr. v. Löw, Löben, Lucas, v. Lüderitz, Frhr. v. Maltzahn-Gült, Frhr. v. Mantel, Dr. Marquardsen, v. Massow, Meier (Bremen), Dr. Meyer (Galle), Frhr. v. Minnigerode, Graf v. Molte, Dr. Monnen, Dr. Müller, Sangerhausen, Graf von Nienhau-Cormons, Erbgraf zu Neipperg, Freib. v. Neurath, Niethammer, Noppe, v. Oheimb, Götz, v. Odenhausen, v. d. Osten, Freib. v. Ow, Panse, Dr. Perrot, Böhler, Freib.

Nachdem die Abg. v. Köller und Dr. Marquardsen den Anträgen entgegentreten, werden die Anträge Windthorsts zu §§ 11 und 13 mit derselben Majorität angenommen.

v. Pfeffen, Pfleiderer, v. Pilgrim, Fürst v. Pleß, Pogge, Graf v. Preysing (Landshut), Graf von Preysing (Straubing), v. Puttkamer, Graf v. Quadt-Weyrath-Jen, Herzog v. Ratibor, v. Reben, Reichs-Dr. Reichenberger (Krefeld), Dr. Reichenberger (Olpe), Reinl, Reiniger, Dr. Roemer, Rose, Sander, Saro, Graf v. Saurma-Jetsch, von Schirmeister, Dr. Schäfer, Schlutow, Schmidt (Gießen), Dr. Schreiner, Schröter (Ober-Barnim), Schud, Dr. von Schwarze, Dr. v. Seydelwitz, Freih. v. Soden, v. Speiser, Staelin, Staudt, Dr. Stephan, Stöcker, Graf zu Stolberg-Stolberg, Streder, Struve, Dr. Süßel, Tägelsbeck, Dr. Thilenius, Dr. v. Treitsche, v. Uedritz-Sieknitz, Uhden, Freih. v. Ungar-Sternberg, Freih. v. Unruh-Born, Freih. v. Vogel-Westernach, Vogel, v. Waldbom-Reichenstein, Wandler, Warmuth, Dr. Weber, v. Wedell-Malchow, von Wendel, Widmann, Wölfel, Freih. v. Wöllwarth, v. Wrisberg, Witte, Born, von Wulach.

Mit Nein haben gestimmt: Ahlborn, Antoine, v. Arnswaldt-Böhme, von Arnswaldt-Nordenholz, Ansfeld, Bamberger, Barth, Baumbach, Bebel, Bender, Graf Benningk, Birkenmayer, Blos, Böck, von Bönnighausen, Borowski, Braun, Brügel, Buddeberg, Büchner, Büchtemann, Bürgen, Graf von Chamars, von Chlapowsky (Fraustadt), von Chlapowsky (Kröben), Cronemeyer, Custodis, v. Czarkowski, v. Dalmat, Diede, Dobrn, Graf Droste, Franz, Frohme, v. Fürtb., v. Galen, Geiser, Gelen, Giesen, Göb, Goldenberg, Gräf, von Grand-Puy, Greve, Grillenberger, Günther Gutsleisch, Haanen, Haeuble, Haerle, Hasenlever, v. Heereman, Hermes (Parchim), Hermes (West-Priegnitz), Hirsch, Hirzberger, Hoffmann, v. Hompeich, Horn, Hornick v. Weinheim, Huchting, v. Jazdewski, Johannsen, Kabis, Kaempfer, v. Kaldstein-Klonowien, v. Kaltstein-Bluszkowsky, Kapp, Kaiser, Kloß, Kochmann, Köhl, v. Komierowski, Kopfer, Krämer, v. Kurnatowski, v. Kwicki, Lang (Selbst), Lang (Schleißstadt), Dr. Langerhans, Langwerth, v. Simmern, Lender, Lenzen, Lerche, Dr. Lieber, Liebnecht, Löwe, Lüders (Söhl), Lüders (Gesen), Magdanzki, Mank, Mayer (Württemberg), Meibauer, Menken, Möller, Mohr, Moutang, Müller, Münsch, Mundel, Neizler, Papellier, v. Pavius, Parisius, Payer, Berger, Phillips, Porsch, v. Praschka, Rademaker, Rös, Reicht, Ritter, Richter (Hagen), Ridert, Rittinghausen, Rohland, Rudolphi, Ruppert, Schäfer, v. Schalscha, v. Schele, Schend, Schüller, Schmidt (Ebertsd.), v. Schorlemmer-Aist, Schott, Schröder, Schröder (Wittenberg), Schwarzenberg, Senestren, Simonis, v. Starzyński, Prinz zu Solm-Braunfels, Sonnemann, v. Stauffenberg, Siengel, Stölzle, Timmermann, Traeger, Triller, Us, Birchow, v. Vollmar, Walter, v. Wangenheim, Wendt, Westermayer, Windthorst, Winterer, Witt, Witzelberger.

Abg. Laßen enthielt sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

T.-D.: 3. Besetzung des Sozialistengesetzes, Beratung der Resolutionen, 3. Lesung der Vorlage betr. den Feingehalt von Gold- und Silberwaren.

Schluss 4 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung.

Berlin, 10. Mai. Am Ministerische: Kommissarien, später v. Puttkamer.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Das Haus tritt in die dritte Verathung der Novelle zum Kommunalsteuergesetz.

Bei § 1 plaidete Abg. Zelle nochmals für die Streichung der Worte „Konsumvereine jeder Art, insfern dieselben Gewinne für ihre Mitglieder vereinigen.“

Unterstaatssekretär Herrfurth: Ich kann Sie nur bitten, dem Antrage des Abg. Zelle zu willfahren und die Konsumvereine diesem Gesetz nicht zu unterstellen: Ebenso muß ich Sie bitten, den Zusatz der Kommission zu Absatz 3 zu streichen, welcher die Besteuerung aller dem Fiskus gehöriger, aber einem öffentlichen Dienste nicht gewidmeten Anlagen, Grundstücke und Gebäude fordert. Die Annahme dieses Zusatzes würde die Wirksamkeit des ganzen Gesetzes wesentlich schädigen. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes möchte ich Sie im Interesse der Gemeinden bitten, das Gesetz in einer Fassung anzunehmen, die eine möglichst segensreiche Wirklichkeit des Gesetzes duldet.

Abg. Meissner tritt aus den in der zweiten Lesung bereits vorgebrachten Gründen entschieden für die Besteuerung der Konsumvereine ein.

Abg. Schmidt (Sagan) beantragt, den Zusatz zu Abs. 2 zu streichen, in Abs. 1 statt „Konsumvereine jeder Art“ zu sagen „die nicht eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht.“

Abg. v. Duast schließt sich dem Antrage auf Streichung des Zusatzes zu Abs. 2 an, während Abg. Dr. Hammacher dem Antrage entgegentritt.

Geb. Finanzrat von Bonin bittet im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes um Ablehnung des Zusatzes der Kommission.

Nachdem Abg. Parisius nochmals um Streichung der Worte „Konsumvereine jeder Art“ gebeten, wird die Diskussion geschlossen. Der Zusatz zu Absatz 2 wird berauf gestrichen, § 1 im Übrigen unverändert angenommen, ebenso ohne Diskussion § 2.

Die §§ 3—6 werden unverändert nach der zweiten Lesung genehmigt, nachdem Abg. Dr. Hammacher erklärt, er verzichtet auf die Einbringung seiner Anträge zu § 5, wiewohl er bei seinem prinzipiellen Standpunkt unverändert stehen bleibt.

Zu § 7 beantragt Abg. v. Schendendorff, den Passus d nach den Worten „genannten Böhrden“ wie folgt zu fassen:

nach Lage der örtlichen Verhältnisse. Bei der Anteilsberechnung ist sowohl das Flächenverhältnis als die den beteiligten Gemeinden durch das Vorbandensein der Betriebsstätte, Station etc. erwachsende Kommunallast zu berücksichtigen.

§ 7 handelt von der Übergangsperiode.

Abg. Lausen ist beantragt die Kommissionsvorlage wiederherzustellen, somit statt „fünf Jahre“ zu sagen „drei Jahre“ und statt „sechs Jahre“ wieder „sechs Jahre“.

Abg. Ludwig bewußt wortet den Antrag. Jede Übergangszeit habe für das Land große Belastungen; der Bechluß der zweiten Lesung, welcher die Übergangszeit verlängert, schädigt besonders die Provinz Hannover und ist dort auf's Schwerste empfunden worden.

Abg. Bachem: Ich muß Sie bitten, dem Antrag Lauenstein nicht Folge zu geben. Die Herren aus Hannover verstehen es bei jeder Gelegenheit, Praecipua für Hannover zu verlangen. (Heiterkeit.) Je länger die Übergangszeit währt, desto leichter finden die neuen Bestimmungen Eingang. Ich bitte Sie also bei dem Beschlusse zweiter Lesung stehen zu bleiben, mit dem auch die Regierung sich einverstanden erklärt hat.

Abg. Lehmann tritt für den Antrag Lauenstein ein.

Abg. v. Duast: Der Antrag Lauenstein entpricht dem Beschlusse der Kommission, ich bitte Sie daher um Annahme desselben. Ebenso erblide ich in dem Antrage Schendendorff eine Verbesserung, der ich Sie zuzustimmen bitte.

Unterstaatssekretär Herrfurth sieht in dem Antrage Schendendorff gleichfalls eine Verbesserung des Beschlusses zweiter Lesung, bittet aber um Ablehnung auch des Antrages Schendendorff und um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Der Antrag des Abg. v. Schendendorff wird angenommen,

der Antrag Lauenstein abgelehnt, worauf § 7 genehmigt wird und das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

Tages-Ordnung: Novelle zur Kommunalsteuer, Begeordnung für Schleswig-Holstein, Entwurf, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder. Schluss 12 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Mai.

Die Kaiserin ist gestern Vormittag mittels Extrajuges nach Baden-Baden abgereist. Unterwegs wird die Kaiserin in Kreisen und Gießen das Frühstück und das Diner einnehmen. Bei der Abfahrt von Berlin war jede Verabschiedung auf dem Bahnhofe untersagt. In der Begleitung der Kaiserin befinden sich die Ehrendamen Gräfin Bikkum und Gräfin Fürstenstein, der Kammerherr Graf Fürstenstein und der Kabinetts-Sekretär Herr v. d. Kneisebed.

Die gestrige Soirée bei dem Fürsten Reichs-Lanzer hat, wie die „Post“ berichtet, für diejenigen, welche aus der Form der Einladung etwas ganz Ungewöhnliches erwartet hatten, eine Enttäuschung gebracht, indem sie ganz in der früheren Weise verlief und nicht einmal eine sensationelle Auseinandersetzung, ein geflügeltes Wort in Umlauf gebracht hat. Die Einladungen waren für acht Uhr in großer Anzahl ergangen. Erschienen waren verschiedene Mitglieder des Bundesraths, die preußischen Minister v. Puttkamer, Friedberg, Lucius, Maybach, v. Göhler und v. Scholz. Die Präsidien der parlamentarischen Körperschaften, des Reichstages, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, waren volljährig vertreten; außerdem Abgeordnete aller Fraktionen. Von der deutschen freistimigen Partei waren außer dem Vizepräsidenten Hoffmann die Abgeordneten Ridert, Zelle, Worzewski, Lippe, Koerner, Westerburg, Dr. Horwitz u. A., außerdem die Abgeordneten v. Dokum-Dolfs, Gabls u. A. anwesend. Vom Zentrum waren Dr. Windthorst, beide Reichs-Sperger und zahlreiche andere Mitglieder erschienen. Da die Fürstin Bismarck, obgleich sich ihr Besinden gefestigt hat, noch durch ihr Unwohlsein gehindert war, die Honneurs des Hauses zu machen, wurde sie in dieser Beziehung von der Gräfin Ranzau und der Frau v. Spizemberg, der Witwe des früheren hochverdienten württembergischen Gesandten, Tochter des Herrn v. Barnbüler vertreten. Von der Familie des Kanzlers war auch Graf Wilhelm Bismarck anwesend. Der Kanzler unterhielt sich längere Zeit mit Herrn Windthorst. Das Gespräch drehte sich, wie das „D. Tgbl.“ sagt, wesentlich um die soziale Gesetzgebung, speziell die Unfallversicherung. Dr. Windthorst, welcher der Hauptfrage nach die Kosten der Unterhaltung bestritt, versicherte den Fürsten wiederholt, daß er hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung eine Parteifrage nicht anerenne, und daß er die kaiserliche Botschaft für eine mindestens ebenso große That des Kaisers halte, wie alle von ihm erachteten Siege. Bismarck erwiederte, daß Dies auch die Ansicht des Kaisers selber sei. Dr. Windthorst kam dann noch auf die sozialen Gefahren, soweit sie im Anarchismus liegen, zu sprechen und meinte, daß denselben nur auf internationalem Wege begegnen werden könne. Er verstehe die Kurzsichtigkeit der Regierungen, die dem bezüglichen Vorgehen Deutschlands Schwierigkeiten entgegengestellt hätten, ebenso wenig, wie er deren Verhalten bedauere. In der recht animirten Unterhaltung bemerkte Fürst Bismarck gelegentlich, daß man es ihm nicht übel nehmen dürfe, wenn er zuweilen etwas lärmisch vorgehe. Er komme sich vor, wie der Majorist auf der Lokomotive, der dafür sorgen müsse, daß das Feuer nicht verlösche, weil sonst der Zug still stehn müsse. Windthorst replizierte darauf, daß er mit dem Fürsten Bismarck im vollsten Vertrauen die Lokomotive besteige und bereit sei, mit ihm zu fahren, daß er sich nur vorbehalte, wenn die Fahrt zu lärmisch werde, gelegentlich zu bremsen. Gegen halb 11 Uhr empfahlen sich die Gräfin Ranzau, sowie Frau v. Spizemberg, welche beide Damen die Honneurs gemacht hatten, von der Gesellschaft und damit war das allgemeine Signal zum Aufbruch gegeben. Fürst Bismarck entließ seine Gäste in der gewohnten liebenswürdigen Weise. Bei der ganzen Unterredung zwischen dem Fürsten Reichskanzler und Exzellenz Windthorst bildete Herr v. Göhler den unmittelbaren Zuhörer; er saß neben Herrn Windthorst.

Bei der entscheidenden Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten die beiden konserватiven Fraktionen mit den Nationalliberalen geschlossen für das Gesetz, die Sozialdemokraten und die Volkspartei gegen dasselbe. Zentrum und Freisinnige spalteten sich. Von den letzteren votirten mit „ja“ folgende 24: Beisert, v. Forckenbeck, Fries, Goldschmidt, Grieninger, Hammer, Dr. Horwitz, Jiegel, Kochmann (Landsberg), Lippe, Maager, Dr. Meyer (Halle), Mommsen, Panse, Pfleiderer, v. Schirmeister, Schlutow, Schröter (Ober-Barnim), Struve, Thilenius, Wandler, Westphal, Witte, Wölfel. — Fehlten haben: Behrend, v. Bunsen, Fähermann, Hempel, v. Hönlitz, Koch, Kutschbach, Langhoff, Nehler, Richter (Tondern), v. Sauden (Tarpuschen), Schwarz, Sello, Thomsen. — Vom Zentrum einschließlich der welfischen Hospitanten stimmten unter Führung v. Frankenstein's und der beiden Reichs-Sperger 27 mit „ja“, 52 (darunter Windthorst und Schorlemmer) mit „nein“, 18 (die Mehrzahl aus Bayern) fehlten. — 11 Elssäßer waren anwesend, davon stimmten 4 mit „ja“. — 7 Polen fehlten; die anwesenden stimmten mit „nein“. — Von den Nationalliberalen fehlten: v. Beaumanoir, Marconnay, Dechelhäuser, Paasche und Schneider. — Der Dane Johannsen stimmte mit „nein“; sein Landsmann Laahen enthielt sich des Votums.

+ Berlin, 11. Mai. Sämtliche von den Sozialdemokraten für den heutigen Sonntag einberufenen Volkssversammlungen, die von der Polizei bereits genehmigt waren, sind gestern noch in später Abendstunde auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes verboten worden. Für die für den VI. Wahlkreis verbotene hatte man jedoch schnell Ersatz geschafft; es wurde ein Tanzkranz in der „Röde-deutschen Brauerei“ veranstaltet und obwohl das Verbot erst 7 Uhr Abends angelangt war und daher das Stattdinden des Vergnügens nicht mehr bekannt gegeben werden konnte, so hatten sich doch viele hundert von Theilnehmern zu demselben eingefunden. Auch die Abg.

Hasenlever und Grillenberger, ersterer Kandidat für den VI. Wahlkreis, waren erschienen. Hasenlever hielt nun, ohne daß die Polizei es verhindern konnte, eine Ansprache an die Arbeiter und ihre Frauen, in der er zu treuem Ausbarren aufforderte. Wenn man keine Versammlungen gestatte, werde man Landpartien und Tanzkränze veranstalten müssen, dagegen können keine sohn Sozialistengesetze etwas thun. Die Generalversammlungen, welche die Männer und andere Brüder abhielten und die insgesamt von ungefähr 8000 Personen besucht sein mochten, hatte man ruhig gestattet, ebenso eine Volksversammlung in Charlottenburg, wo der Redakteur Krohne aus Berlin als Kandidat der sozialdemokratischen Partei für den Kreis Bieskow-Teltow-Storkow proklamiert wurde. Die Sozialdemokraten hatten sich außerdem für die verbotenen Versammlungen dadurch zu entschädigen gewußt, daß sie bereits am frühen Morgen sich in der Umgegend zusammenfanden und ihre Angelegenheiten besprachen.

Hannover, 10. Mai. Die heutige feierliche Einweihung des Kriegerdenkmals der Provinz Hannover für den Krieg von 1870/71 gestaltete sich zu einer großartigen patriotischen Kundgebung. Prinz Albrecht von Preußen, die Generalität und die Spitzen der Civilbehörden, Deputationen der Regimenter des Armeekorps, Vertreter aller Städte der Provinz, gegen 12,000 Mitglieder der Kriegervereine nahmen an der Feier Theil. Als Landesdirektor v. Bennigsen am Schlusse seiner schwungvollen patriotischen Frerede die Erlaubnis zur Enthüllung des Denkmals erbat, wandte sich der Prinz Albrecht an die Anwesenden mit den Worten: Mit Gott für König und Vaterland, so haben sie gekämpft, so sind sie gefallen, denen dies Monument errichtet ist. Begrüßen wir dies Denkmal einer großen Zeit mit dem Rufe, in dem Alles zusammengefaßt ist, was deutsche Treue heißt. „Es lebe der Kaiser — Hurrah!“ Während die Menge unter dem Donner der Geschütze begeistert einstimmte, wurden von allen Kirchen die Glöckner geläutet und von den Musikcorps: „Heil Dir im Siegerkranz!“ intoniert. Die Frau Prinzessin Albrecht und die drei jungen Prinzen wohnten der Feier von einer Loge aus bei. Die Stadt ist mit Fahnen und Girlanden geschmückt, die Bevölkerung in den gehobensten Stimmung.

Wien, 10. Mai. Wie die „Presse“ meldet, hat die österreichische Regierung mit der sächsischen Staatsverträge und zwar wegen Sicherstellung der Eisenbahnanschlüsse der Buschthrad Bahn bei Graslitz und der Prag-Duxer Bahn bei Moldau, ingleichen wegen der projektierten Eisenbahn Asch-Rößbach abgeschlossen.

Paris, 11. Mai. Der chinesische Gesandte Li-Fong-Pao nebst dem Obersten Tscheng-ki-tong hatte gestern eine Privataudienz bei dem Präsidenten Grévy. Letzterer sprach bei dieser Gelegenheit seine Befriedigung aus über die Ernennung Li-Fong-Paos. Er hoffe, daß dieselbe dazu beitragen werde, den gegenwärtigen Konflikt zwischen Frankreich und China einer günstigen Lösung zugufüren. — Aus Shanghai wird von heute berichtet: Ein Telegramm des „North-China-Herald“ aus Peking von heute sagt, die Kaiserin habe sich mit Li-hung-Changs Denkschrift, worin derselbe eine sofortige Verständigung mit Frankreich empfiehlt, im Wesentlichen einverstanden erklärt.

London, 9. Mai. Im Oberhause trat Lord Granville sehr lebhaft für den Congo-Vertrag ein, der England große Vortheile sicherte; als Zweck des Vertrages bezeichnete Lord Granville die Ausdehnung des Handels und die Unterdrückung des Sklavenhandels.

London, 11. Mai. Wie der „Observer“ meldet, ist der von dem Rheiße geäußerte Wunsch, auf der Konferenz durch einen Delegierten vertreten zu sein, welcher Aufschlüsse über die Lage in Egypten zu geben hätte, abschlägig beschieden worden.

Konstantinopel, 11. Mai. Midhat Pascha ist in Folge eines Karbunkelleidens, von dem er befallen worden war, gestorben.

Bukarest, 11. Mai. Nach dem Schlusse einer von der vereinigten Opposition gestern Abend abgehaltenen politischen Versammlung wollten sich einige hundert Personen vor das königliche Palais begeben, um dort eine Manifestation vorzunehmen. Die Polizei schritt gegen dieses Vorhaben ein und stellte die Ruhe alsbald wieder her; von den Ruhestörern ist einer verhaftet worden.

Kairo, 10. Mai. Der Mudir von Dongola telegraphirt, daß die neulich abgesandte Rekognosirungs-Abteilung nach Dongola zurückgekehrt sei und berichte, daß Meraweh, der südlichste Punkt, mit welchem die telegraphische Verbindung noch offen, von den Insurgenten besetzt sei. Das ganze Land südlich von Debba befand sich in vollem Aufstand; er, der Mudir, habe eine beträchtliche Streitmacht irregulärer Truppen abgesandt, um die Straße über Debba hinaus wieder frei zu machen. — Gerichtsweise verlautet von einem Streite zwischen englischen Soldaten und Beduinen, welche an dem Ufer des Sues Marriot wohnen; es sollen mehrere Personen getötet sein.

Kairo, 10. Mai. Ein von englischen Offizieren befehltes Bataillon der egyptischen Armee, welches bisher in Assuan stand, ist nach Wadihala abgerückt und soll in einigen Tagen durch eine Abteilung der Kavallerie von Kairo aus ersezt werden. Der Mudir von Dongola hat eine Bitte um Verstärkung erneuert und sich, falls ihm dieselbe bewilligt würde, anhängig gemacht, dem Fortschreiten der Insurrektion Einhalt zu thun.

Kairo, 10. Mai. Wie es heißt, wären die englischen Militärbehörden angewiesen worden, für eine eventuell abzuhende Expedition zum Entzage von Khartum Vorbereitungen zu treffen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 12. Mai.

+ Personalien. Es sind verfestigt worden: der Postsekretär Buchholz von Kreuz nach Schönlanke, der Postverwalter Schleiß von Klecklow nach Firchau, der Postverwalter Marczyński von Firchau nach Klecklow, der Ober-Telegraphen-Assistent Langfeld von Bromberg nach Gnesen, der Post-Assistent Schorf von Labischin nach Bromberg, der Post-Assistent Kurzynski von Raszin nach Kreuz, der Post-Assistent Jerzyk von Posen nach Wilhelmsbrück und der Postpraktikant Vorchardt von Bromberg nach Königs-

Der Postverwalter Fröhlich in Wilhelmsbrück ist in den Ruhestand getreten.

Der Kaufmann Gustav Schönecker, ein in weiteren Kreisen unserer Stadt bekannter und geachteter Mann, welcher am 7. d. M. im Alter von 63 Jahren gestorben war, wurde am 10. d. M. Nachmittags auf dem Friedhofe der evangelischen Kreuzkirche - Gemeinde unter zahlreicher Beiseitung beerdigt.

Die städtischen Sprengwagen wurden bei der gegenwärtigen hohen Temperatur am Sonntage bereits in Thätigkeit gelegt; es war dies um so nothwendiger, da es seit einigen Tagen nicht geregnet hat und es außerdem am Sonntag windig war, so daß auf den nicht gesprengten Plätzen und Straßen der Staub zeitweise ziemlich hoch emporgewirbelt wurde.

Die Warthe ist noch in andauerndem Steigen; gestern Morgens hatten wir 2,60, heute Morgens 2,62 Meter = 8 Fuß 4 Zoll Wasserstand.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 10. Mai. Prinz Ludwig und Prinzessin Ludwig von Hessen sind heute nach England abgereist.

Karlsruhe, 10. Mai. Der Landtag hat das Gesetz betreffend die Verwaltungsgesetze einstimmig angenommen.

Hamburg, 10. Mai. Heute Morgen hat auf der Elbe ein Zusammensetzen des von Sulina kommenden Dampfers "Engadine" mit dem nach Amsterdam bestimmt Dampfer "Amsterdam" stattgefunden. Letzterer ist bei Schulau auf den Strand gesetzt und hat Assistenten, der "Engadine" ist in Hamburg angekommen, das Vorbertheil ist voll Wasser.

Wien, 10. Mai. Der Generaladjutant Sr. Majestät des deutschen Kaisers, General Graf von der Goltz, ist heute Vormittag hier eingetroffen, um im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers den Beisetzungsfestlichkeiten für die Kaiserin Maria Anna beizuhören. Der Generalsabschiffmann von Chavanne ist denselben zur Dienstleistung zugewiesen.

Wien, 10. Mai. Die Beisetzung der Leiche der Kaiserin Maria Anna hat heute Nachmittag in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche stattgefunden. Die Straßen und Plätze in der Nähe der Hofburg waren mit Trauerafghanen ausgestattet und die Kapuzinerkirche entsprechend dekoriert. Auf dem freien Platz vor der Kirche waren die Generalität und das Offizierkorps aufgestellt. Militär bildete Spalier. In der Kirche erschienen der Kaiser, der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Erzherzöge und Erzherzoginnen, Herzog Ludwig von Bayern, die übrigen hier anwesenden Fürstlichkeiten, ferner Graf v. d. Goltz, Generaladjutant des deutschen Kaisers, Graf Robillant, die Hofcharden, Minister, die höchsten Staatswürdenträger, die Vertreter der Parlamente unter Führung ihrer Präsidien, der Episkopat und Andere. Nach dem Eintreffen des Leichenzuges, welcher am Hauptportal der Kirche von dem Erzbischof Kardinal Ganglbauer mit dem Domkapitel empfangen wurde, erfolgte die feierliche Einsegnung, worauf der Sarg unter Trauergaben in die Gruft getragen und sodann der Obhut des Kapuzinerkonvents übergeben wurde.

Wien, 10. Mai. Zwischen Bochnia und Slotwina geriet heute Nacht in dem dort passierenden Postzuge der Postwagen in Folge der Explosion eines Geplättels in Brand; der Postwagen wurde separiert, das Feuer wurde gelöscht, vom Inhalte des Postwagens ist aber nichts gerettet worden. Der Zug traf mit 2½ Stunde Verspätung in Lemberg ein.

Paris, 10. Mai. Präsident Grévy hat die Mehrzahl der anlässlich der Vergänge in Anzin Verurtheilten begnadigt.

Madrid, 10. Mai. Der König ist wieder vollständig hergestellt, arbeitet täglich mit den Ministern und war auch zu Pferde bei den Rennen erschienen. — Der Ministerpräsident Canovas hat sich zur Eröffnung der Eisenbahn Murcia-Alicante begeben.

Madrid, 11. Mai. Die abermaligen Zeitungsgerüchte, daß der König noch immer leidend sei und daß ihm die Arzte den Gebrauch einer Badetur in einem ausländischen Badeorte angerathen hätten, entbehren aller und jeder Begründung. Wie bereits gemeldet, ist der König wieder vollständig hergestellt. — Die mit dem Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern vermählte Schwester des Königs, Infanta Maria della Paz, ist gestern Abend hier von einem Sohne entbunden worden.

Birmingham, 10. Mai. Die Untersuchungs-Verhandlung gegen die drei verhafteten Fenier Daly, Egan und McDowell ist heute wieder aufgenommen worden. Die Angeklagten wurden vor die Assisen verwiesen.

Rom, 9. Mai. Der Dichter Prati ist gestorben.

Petersburg, 10. Mai. Durch allerhöchsten Befehl wird ein sanktionirtes Gutachten des Reichsraths veröffentlicht, wonach das in der ehemaligen Festung Schlüsselburg errichtete Gefängniß unter Oberaufsicht des Ministers des Innern, als Chef der Gendarmerie, der unmittelbaren Leitung des Kommandeurs des Gendarmeriecorps unterstellt wird und zur Verwaltung des Gefängnisses wie zu dessen militärischer Bewachung eine Gendarmerie-Verwaltung nebst einem Gendarmerie-Kommando etabliert eingerichtet wird. — Nach der abermaligen Prozeßverhandlung gegen Strataniowitsch und Taboures, Komplizen Rossitzy's verurtheilte das Kriegs-Bezirksgericht dieselben zur Entziehung sämlicher Standesrechte und zur Verbannung nach Sibirien auf 15 Jahre. Das frühere Urtheil gegen Strataniowitsch lautete auf Dienstentlassung und Entziehung einiger Rechte, gegen Taboures auf 8 monatliche Festungshaft und Beschränkung etlicher Rechte.

Belgrad, 11. Mai. Zum Gesandten in Wien ist Bogicovic ernannt worden.

Bukarest, 9. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte Iepuresco eine Interpellation darüber ein, ob die Regierung die österreichisch-ungarische Handelskonvention kündigen wolle.

Bern, 12. Mai. Durch die gefrierte Volksabstimmung wurden alle vier Referendumsvorlagen verworfen. Die Vorlage wegen Anstellung eines Justizsekretärs mit 203 350 gegen

147 498 Stimmen, wegen Befreiung der schweizerischen Handelsreisenden von den Patenttaxen mit 179 790 gegen 169 452, wegen Ergänzung des Bundesstrafrechts mit 191 774 gegen 155 614 und schließlich wegen Erhöhung des Kredits für die Gesandtschaft in Washington mit 208 260 gegen 134 630 Stimmen.

Paris, 12. Mai. Bei den gestrigen Municipal-Stichwahlen wurden drei Konservative, 18 Opportunisten oder unabhängige Republikaner und 11 Autonomisten gewählt. Der neue Municipalrat enthält demnach etwa 30 Opportunisten, ebensoviel Autonomisten, etwa 10 unabhängige Republikaner und ebensoviel Konservative.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduziert in mm. 82 m. ee Höhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
10. Nachm.	760,2	RW mäßig	trübe	+17,9
10. Abends	760,3	R mäßig	heiter	+13,5
11. Morgs.	759,2	RW mäßig	heiter	+11,1
11. Nachm.	758,9	RW leicht	wolfig	+20,8
11. Abends	760,4	R schwach	heiter	+13,6
12. Morgs.	761,9	NO lebhaft	wolkenlos	+9,1

Am 10. Mai. Wärme-Maximum: +20° Cels.
Wärme-Minimum: +11° 1'

Wärme-Maximum: +21° 5'

Wärme-Minimum: +10° 2'

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Mai Morgens 2,60 Meter.

12. Morgens 2,62

